



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 44/19 • 05.12.2019



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU schreiten fort.

Der finnische Vorsitz im Rat der EU hat diese Woche einen Vorschlag für den MFR 2021 bis 2027, die sogenannte Verhandlungsbox, vorgelegt. Dieser verfügt über ein Gesamtvolumen von 1.087 Mrd. Euro für die siebenjährige Periode und entspricht damit 1,07 Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU-Mitgliedstaaten.

In Ihrem Entwurf vom 02. Mai diesen Jahres war die Kommission dagegen von 1,11 Prozent ausgegangen. Der Vorschlag des finnischen Ratsvorsitzes liegt damit niedriger als der Entwurf der Kommission. Er basiert auf dem Preisniveau des Jahres 2018 und berücksichtigt den Entschluss des Vereinigten Königreichs, aus der Union auszutreten.

Der Vorschlag sieht vor, dass mindestens 25 % der Haushaltsausgaben in die Erreichung der Klimaziele fließt und im Vergleich zur Kommission die Kürzungen bei den Mitteln für Kohäsion und Landwirtschaft etwas moderater gestaltet worden. Die sonstigen Programme, darunter die neuen Prioritäten, machen den größten Teil aus und sollen der EU die Möglichkeit geben, u.a. mehr in Forschung und Innovation, Migrationssteuerung und umfassende Sicherheit zu investieren.

Nunmehr obliegt die Weiterführung der Verhandlungen dem Präsidenten des Europäischen Rates. Abgeschlossen sind sie erst dann, wenn das Europäische Parlament dem MFR seine Zustimmung erteilt.

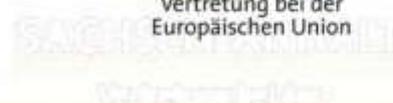
Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union



80



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Europäisches Parlament - EU-Haushalt 2020 verabschiedet	
• Europäisches Parlament - LUX-Preis 2019: "Gott existiert, ihr Name ist Petrunya" gewinnt Filmpreis des EP	
• Eurobarometer: Klimawandel soll Priorität des Europäischen Parlaments sein	
• Eurobarometer: Unterstützung für den Euro erreicht Rekordhöhe	
• Neue Eurobarometer-Umfrage: Die EU soll noch mehr für bessere Luft tun	
• Eurobarometer: Unterstützung für den Euro erreicht Rekordhöhe	
• Europäische Kommission genehmigt acht gentechnisch veränderte Organismen	
• Ausschuss der Regionen – 137. Plenartagung vom 4. bis 5. Dezember 2019 in Brüssel	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	12
• Gesundheitszustand in der EU – Bericht	
• Vorläufige Einigung über die Wiederverwendung von Abwasser in der Landwirtschaft	
• Bürgertelefon verzeichnet reges Interesse	
• Seit Abschaffung der Roaminggebühren: Nutzung von mobilem Internet auf Reisen hat sich verzehnfacht	
• Kollektiver Rechtsschutz: Mitgliedstaaten einigen sich auf Regeln für europäische Verbandsklagen	
• Papierlose Kommunikation im europäischen Güterverkehr	
<u>Was, wann, wo</u>	17
• Investitionsbank unterstützt Sozialunternehmen in Sachsen-Anhalt	
• GOEUROPE! feiert 10-jähriges Jubiläum	
<u>Ausschreibungen</u>	19
• Rat – Stellenausschreibung	
• Call for Applications - "German-Italian Young Leaders Dialogue - Spinelli Forum"	
<u>Kontaktbörse</u>	21
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	24
• Neu in der LV – Katrina Glogger	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	27
<u>Impressum</u>	28



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäisches Parlament - EU-Haushalt 2020 verabschiedet



Die Abgeordneten haben sich erfolgreich für mehr Klimaschutz, Forschungsförderung, Infrastrukturinvestitionen und die eine bessere Unterstützung der Jugend im EU-Haushalt 2020 eingesetzt.

Das Parlament hat für seine Prioritäten insgesamt 850 Millionen Euro zusätzlich erhalten.

- Über eine halbe Milliarde Euro mehr für den Klimaschutz
- Hinzu kommen 302 Millionen Euro für Forschungsprojekte
- Plus 133 Millionen Euro für Investitionen in die Netzinfrastruktur
- Plus 50 Millionen Euro für Erasmus+ und plus 28,3 Millionen Euro für die Jugendbeschäftigungsinitiative (weitere 50 Millionen Euro werden bei Bedarf Mitte 2020 hinzugefügt).

Die Verpflichtungsermächtigungen für 2020 belaufen sich auf insgesamt 168,7 Milliarden Euro (1,5% Steigerung gegenüber 2019); die Zahlungsermächtigungen belaufen sich auf 153,6 Milliarden Euro (+3,4 % gegenüber 2019).

Der Rat hat am 25. November die mit dem Parlament erzielte Einigung förmlich gebilligt. Das Parlament hat dem Haushalt am 27. November mit 543 Stimmen bei 136 Gegenstimmen und 23 Enthaltungen zugestimmt. Er wurde dann von Präsident des Europäischen Parlaments David Sassoli in Kraft gesetzt.

Details zur Haushaltsvereinbarung vom 18. November [finden Sie hier](#).

Zahlungen beziehen sich auf das, was im Jahr des Haushalts, d.h. 2020, konkret ausgegeben werden soll. Verpflichtungen hingegen sind der gesamte Betrag, der über mehrere Jahre für ein bestimmtes Projekt oder Programm ausgegeben werden kann.

Das Europäische Parlament und der Rat hatten ab dem Datum der informellen Vereinbarung (18. November) 14 Tage Zeit, um den gemeinsamen Entwurf zu billigen. Nach der Zustimmung durch beide Organe unterzeichnet der Präsident des EP den Haushaltsplan und erklärt ihn für endgültig angenommen. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Europäisches Parlament - LUX-Preis 2019: "Gott existiert, ihr Name ist Petrunya" gewinnt Filmpreis des EP

Der Film von Teona Mitevaska erhält den 13. LUX-Preis des Europäischen Parlaments, wie Parlamentspräsident Sassoli am 27. November in Straßburg verkündete.



Präsident David Sassoli gratulierte den drei Finalisten:

„Es ist nicht immer einfach, mit der Komplexität unserer täglichen Arbeit umzugehen, ohne sich in den technischen Aspekten der parlamentarischen Tätigkeit zu verhasen. Wir müssen auch Emotionen vermitteln und eine neue Sprache benutzen. Der LUX-Preis ist ein einzigartiges Mittel, das uns dabei hilft: Einwanderung, das Recht auf Gesundheitsversorgung, Feminismus und politische Ethik - all das sind Themen, die jene Filme behandeln, die der



LUX-Preis fördert. Wir müssen die Gelegenheit nutzen und uns damit auseinandersetzen. Die Bewältigung der Klimakrise, unserer kolonialen Vergangenheit oder die Diskussion über unser Gesellschaftsmodell durch das Kino ist eine anregende Herausforderung, die es zu fördern gilt. Wir sind das einzige Parlament der Welt, das einen Filmpreis verleiht. Lasst uns stolz darauf sein.“

"Ich möchte es noch einmal betonen: Wir müssen besonders stolz auf den LUX-Preis sein, den Preis unseres Parlaments, auf die Regisseure und Autoren, die wir treffen durften. Es lebe die Meinungsfreiheit, es lebe das europäische Kino, es lebe der LUX-Preis".

„Gott existiert, ihr Name ist Petrunya“ von Teona Mitevska wurde in Nordmazedonien, Belgien, Slowenien, Kroatien und Frankreich koproduziert. Der Film erzählt die Geschichte einer jungen arbeitslosen Frau, die während der orthodoxen Dreikönigszeremonie das Rennen um das Heilige Kreuz gewinnt. Sie hat plötzlich Zugang zu einer religiösen Tradition, die normalerweise nur Männern offensteht. Der Film gilt als wichtiger Beitrag zum feministischen Kampf gegen konservative Gesellschaften.

Die anderen beiden Finalisten für den LUX-Preis 2019 waren der in Dänemark, Norwegen, Schweden und Belgien koproduzierte Dokumentarfilm „[Wer tötete Dag Hammarskjöld?](#)“ vom dänischen Regisseur Mads Brügger und „[The Realm](#)“ von Rodrigo Sorogoyen, koproduziert in Spanien und Frankreich.

Mehr Informationen zum [LUX-Filmpreis 2019](#) und dem [Auswahlverfahren](#).

• *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Eurobarometer: Klimawandel soll Priorität des Europäischen Parlaments sein

5



Der Kampf gegen den Klimawandel soll erste Priorität des Parlaments sein, wie eine aktuelle Eurobarometer-Umfrage zeigt. Jugendgeführte Klimaproteste seien besonders einflussreich.

Den "Klimawandel bekämpfen und unsere Umwelt, Ozeane und Biodiversität erhalten" sollte das vorrangige Thema für das Europäische Parlament sein, sagen die EU-Bürgerinnen und Bürger in einer neuen Eurobarometer-Umfrage, die vom Europäischen Parlament in Auftrag gegeben und im Oktober 2019 durchgeführt wurde. Der Klimawandel war bereits einer der Hauptgründe für die Teilnahme an der Europawahl im Mai, insbesondere für junge Menschen. Jetzt setzen die Bürger*innen den Klimawandel zum ersten Mal an die Spitze einer Eurobarometer-Prioritätenliste.

EU-weit sprechen sich 32 % der Bürgerinnen und Bürger für den Kampf gegen den Klimawandel und für den Schutz der Umwelt als wichtigstes Thema aus, mit dem sich die Abgeordneten befassen sollten. Es ist der am häufigsten genannte Punkt in 11 Mitgliedstaaten, insbesondere in Schweden (62 %), Dänemark (50 %) und den Niederlanden (46 %). Auch in Deutschland führt der Punkt die Liste der wichtigsten Themen an (40 %).

In der Eurobarometer-Umfrage wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch gefragt, welche Umweltthemen am dringlichsten sind. Eine absolute Mehrheit der Europäerinnen und Europäer (52 %) glaubt, dass es der Klimawandel sei, gefolgt von Luftverschmutzung (35 %), Meeresverschmutzung (31 %), Entwaldung und der wachsenden Menge an Abfällen (jeweils 28 %).

Im Laufe des Jahres haben jugendgeführte Proteste Millionen von Menschen in der EU und weltweit mobilisiert.



Die neue Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass fast sechs von zehn EU-Bürgerinnen und Bürgern zuversichtlich oder überzeugt sind, dass jugendgeführte Proteste direkte Auswirkungen auf die Politik auf nationaler und europäischer Ebene haben. Menschen in Irland (74 %), Schweden (71 %) und Zypern (70 %) sind sehr überzeugt, dass die Proteste zu politischen Maßnahmen in der EU führen werden, verglichen mit 42 % der Bürger*innen in der Tschechischen Republik und 47 % der Bürgerinnen und Bürger im Vereinigten Königreich. In Deutschland glauben 63 %, dass die Proteste zu politischen Maßnahmen in der EU führen werden. 68 % der Deutschen glauben, dass die Proteste zu politischen Maßnahmen in Deutschland führen werden.

Seit 1973 misst die Eurobarometer-Umfrage, wie die europäischen Bürgerinnen und Bürger die EU wahrnehmen und was sie von ihr erwarten.

Das Umfrage-Institut Kantar hat die Daten für diese Eurobarometer-Umfrage erhoben. Die Feldarbeit fand vom 8. bis 22. Oktober 2019 in allen 28 EU-Mitgliedstaaten statt. Eine repräsentative Stichprobe von 27.607 Befragten über 15 Jahren wurde für den Bericht persönlich interviewt. Die vollständigen Daten werden am 10. Dezember 2019 veröffentlicht. Der Bericht zum kann hier heruntergeladen werden.

• *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Eurobarometer: Unterstützung für den Euro erreicht Rekordhöhe

Laut den jüngsten Eurobarometer-Ergebnissen sind mehr als drei von vier Bürgerinnen und Bürgern im Euroraum (76 Prozent) der Ansicht, dass die einheitliche Währung gut für die Europäische Union ist. Dies ist die höchste Unterstützung seit der Einführung von Euro-Münzen und -Banknoten im Jahr 2002. 66 Prozent der Deutschen und 65 Prozent der Bürger im Euroraum vertreten auch die Meinung, dass der Euro für ihr eigenes Land von Vorteil ist – dieser Wert ist der höchste je erhobene überhaupt. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in allen 19 Mitgliedstaaten der Eurozone ist für die gemeinsame Währung.



Der Euro ist gerade erst 20 Jahre alt und damit noch eine junge Währung. Dennoch sehen die Europäerinnen und Europäer die sehr greifbaren Vorteile, die er im Alltag mit sich bringt. Vier Fünftel der Befragten stimmen darin überein, dass der Euro den grenzüberschreitenden Handel sowie den Vergleich von Preisen und Einkaufsmöglichkeiten in anderen Ländern, auch online, erleichtert. Eine absolute Mehrheit im Euroraum ist auch der

Ansicht, dass der Euro das Reisen einfacher und preisgünstiger macht.

Der Euro ist mehr als nur Geld in unseren Taschen; er ist ein Symbol für die Einheit und die Stärke Europas weltweit. Er ist bereits die Währung von 340 Millionen Europäerinnen und Europäern in 19 Mitgliedstaaten. Für sie alle hat er greifbare Vorteile gebracht: stabile Preise, niedrigere Transaktionskosten, sichere Ersparnisse, transparentere und wettbewerbsfähigere Märkte, Ausweitung des Handels, einfacheres Reisen und höheren Lebensstandard. Weltweit haben rund 60 Länder ihre Währungen auf die eine oder andere Weise an den Euro gekoppelt.

69 Prozent der Europäerinnen und Europäer und 59 Prozent der Deutschen sprechen sich für eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik (einschließlich der Haushaltspolitik) im



Euroraum aus, während nur 7 Prozent (Deutschland: 12 Prozent) weniger Zusammenarbeit wünschen. Starke Unterstützung (80 Prozent) gibt es weiterhin für Wirtschaftsreformen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaften. Dies spiegelt sich auch in den nationalen Ergebnissen wider - mit einer klaren Mehrheit in allen Mitgliedsländern des Euroraums.

65 Prozent der Befragten im Euroraum und 64 Prozent in Deutschland sprachen sich dafür aus, den bei Einkäufen in Geschäften und Supermärkten zu zahlenden Endbetrag auf fünf Cent zu runden und die unbequemen 1 Cent- und 2 Cent-Münzen abzuschaffen. Eine absolute Mehrheit unterstützt diese Idee (16 der insgesamt 19 Länder der Eurozone). Die Bürgerinnen und Bürger beantworteten eine Reihe von Fragen, die von der Wahrnehmung und den praktischen Aspekten des Euro bis zu ihrer Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, der Politik und der Reformen in ihren Ländern und im Euroraum insgesamt reichen. Darüber hinaus wurden die Bürgerinnen und Bürger über ihre Ansichten und Erwartungen in Bezug auf Haushaltseinkommen und Inflation befragt. Zwischen dem 14. und 19. Oktober 2019 wurden rund 17 500 Teilnehmer aus den 19 Ländern des Euroraums telefonisch befragt. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Euro-Unterstützung in Europa erreicht Rekordhöhe

[Vollständiger Bericht und Umfrageergebnisse für jedes Land](#)

[Erfahren Sie mehr über die Geschichte und Vorteile des Euro](#)

[Pressemitteilung: Der Euro wird 20 Jahre alt](#)

Neue Eurobarometer-Umfrage: Die EU soll noch mehr für bessere Luft tun

Die EU sollte zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität vorschlagen, dieser Meinung sind laut einer neuen [Eurobarometer](#)-Umfrage über zwei Drittel der Europäerinnen und Europäer und sogar 77 Prozent der Deutschen. Mehr als die Hälfte der 27.000 befragten Bürgerinnen und Bürger in allen EU-Mitgliedstaaten glaubt, dass private Haushalte, Automobilhersteller, Energieerzeuger, Landwirte und Behörden nicht genug für eine gute Luftqualität tun. 58 Prozent geben an, dass die Luftqualität in den letzten 10 Jahren nach ihrem Empfinden schlechter geworden ist. In Deutschland sind es 43 Prozent.



Die Umfrage zeigt auch, dass eine bessere Kommunikation über die Luftqualität erforderlich ist, vor allem auf nationaler Ebene. Die meisten der Befragten in Deutschland und der EU fühlen sich nicht gut über die Probleme der Luftqualität in ihrem Land informiert.

Verglichen mit einer Umfrage im Jahr 2017 glauben die Befragten häufiger, dass sich die Luftqualität in den letzten zehn Jahren verschlechtert hat - obwohl die erhobenen Luftqualitätsdaten zeigen, dass in dieser Zeit in Wirklichkeit deutliche Verbesserungen erzielt wurden.

Im Mai 2018 verabschiedete die Juncker-Kommission die [Mitteilung „Ein Europa, das schützt: Saubere Luft für alle“](#), in der die Maßnahmen dargelegt werden, die die Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene ergreifen müssen, um die Luftqualität in Europa zu verbessern. Darüber hinaus hat die Kommission rechtliche Schritte zum Schutz der Bürger vor Luftverschmutzung eingeleitet, indem sie den Europäischen Gerichtshof mit Fällen befasst



hat, in denen Mitgliedstaaten die EU-Rechtsvorschriften zur Luftqualität nicht eingehalten haben. Die Kommission verstärkt außerdem die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten durch neue „Dialoge über saubere Luft“ mit den zuständigen Behörden. [EU-Forum für saubere Luft](#)

Die Umfrage wurde vom 11. – 29. September 2019 in den 28 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. 27.643 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen sozialen und demografischen Gruppen wurden persönlich zu Hause in ihrer Muttersprache befragt.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Eurobarometer-Umfrage](#)

[Die Ergebnisse der Umfrage in Deutschland](#)

[Die vollständige Pressemitteilung](#)

[Mitteilung „Ein Europa, das schützt: Saubere Luft für alle“](#)

[Website zu sauberer Luft](#)

EU-Verbraucherbarometer 2019: Mehr als die Hälfte der Verbraucher kauft umweltbewusst ein

Vor dem „Black Friday“ und der Einkaufssaison zum Jahresende hatte die Europäische Kommission am 28. November ihre jährliche Ausgabe des Barometers für Verbrauchermärkte veröffentlicht.

Demnach verringert sich die Lücke des Verbraucherschutzniveaus zwischen den einzelnen Regionen der EU. Die Verbraucher denken beim Einkaufen auch stärker über die Umweltauswirkungen ihrer Einkäufe nach. Das Bewusstsein für den ökologischen Fußabdruck ist in Süd- und Osteuropa besonders hoch.



8

Wichtigste Ergebnisse :

- Angesichts der zunehmenden Sensibilisierung für die Klimaerwärmung und der weltweiten Plastikverschmutzung wird in der Erhebung festgestellt, dass **ein zunehmender Anteil der Verbraucher in der EU die Umweltauswirkungen ihrer Einkäufe berücksichtigt**. Bei den umweltbewussteren Verbrauchern in der EU handelt es sich um die südeuropäischen (59 Prozent) und die osteuropäischen Länder (57 Prozent). Eine deutliche Mehrheit der Einzelhändler (71 Prozent) ist der Ansicht, dass Umweltangaben für Produkte oder Dienstleistungen in ihrem Sektor zuverlässig sind.
- **Die Verbraucherbedingungen verschlechtern sich in Westeuropa, verbessern sich aber weiterhin in anderen Teilen der EU, wobei die südlichen und die östlichen EU-Länder den Abstand zum EU-Durchschnitt verringern**. Der Unterschied zwischen dem Land mit der höchsten Punktzahl (Schweden mit 71 Prozent) und dem mit der niedrigsten Punktzahl (Kroatien mit 53 Prozent) ist jedoch nach wie vor beträchtlich.
- **Mehr als 70 Prozent der Verbraucher vertrauen bei den Einzelhändlern in der EU darauf, dass sie ihre Verbraucherrechte achten**. Mehr als 70 Prozent der Einzelhändler finden es deshalb leicht, die Verbraucherschutzvorschriften einzuhalten. Darüber hinaus bewerten die meisten Einzelhändler in der EU die Durchsetzung der Rechtsvorschriften für Verbraucher und Produktsicherheit in ihrem Sektor positiv. Die besten Ergebnisse sind bei der Durchsetzung der Produktsicherheitsvorschriften zu verzeichnen, wo drei Viertel der Einzelhändler die Überwachungstätigkeit der Behörden würdigen.



- **2018 kaufte rund 60 Prozent der Verbraucher im Internet ein**, und diese Zahl steigt trotz großer Unterschiede weiter an. So lag sie in **Dänemark bei 84 Prozent** und rund **20 Prozent in Rumänien und Bulgarien**. Das Vertrauen der Verbraucher in den grenzüberschreitenden Einkauf in anderen EU-Ländern (48 Prozent) ist jedoch deutlich niedriger als beim Online-Einkauf im Inland (72 Prozent).

Das Verbraucherbarometer für Verbraucherbedingungen misst die Verbraucherbedingungen in den einzelnen Ländern in Bezug auf

1. Wissen und Vertrauen,
2. Einhaltung und Durchsetzung,
3. Beschwerden und Streitbeilegung.

Auch werden im Rahmen der Umfrage die bei der Integration des EU-Einzelhandelsmarkts und beim Online-Handel erzielten Fortschritte untersucht. Ihre wichtigsten Datenquellen sind repräsentative Umfragen bei Verbrauchern und Einzelhändlern in den EU-Mitgliedstaaten sowie mit Island und Norwegen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Neuem Verbraucherbarometer zufolge denkt mehr als die Hälfte der Verbraucher in der EU beim Einkaufen an Auswirkungen auf die Umwelt](#)

[Website](#) zum Verbraucherbarometer für Verbraucherbedingungen 2019 und ein dazugehöriges Informationsblatt

Europäische Kommission genehmigt acht gentechnisch veränderte Organismen

9

Die Europäische Kommission hat am 28. November nach gründlicher Prüfung acht gentechnisch veränderte Organismen für die Verwendung in Lebens- und Futtermitteln genehmigt. Keine dieser Genehmigungen umfasst den Anbau der betroffenen Organismen in der EU. Die Zulassungen sind zehn Jahre lang gültig. Alle Produkte, die aus diesen genetisch veränderten Organismen hergestellt werden, unterliegen den strengen [Kennzeichnungs- und Rückverfolgbarkeitsvorschriften](#) der EU.

Konkret handelt es sich um Erstzulassungen für die Maisorten MZHGOJG, MON 89034 x 1507 x NK603 x DAS-40278-9, MON 89034 x 1507 x MON 88017 x 59122 x DAS-40278-9, Bt11 x MIR162 x MIR604 x 1507 x 5307 x GA21 und Erneuerungen der Zulassungen für die Sojabohnen MON 89788 und A2704-12, sowie für Baumwolle LLCotton25 und Ölrapis T45.

Die GVO haben ein umfassendes Zulassungsverfahren durchlaufen, einschließlich einer positiven wissenschaftlichen Bewertung durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Alle EU-Mitgliedstaaten hatten das Recht, sich im Ständigen Ausschuss und anschließend im Beschwerdeausschuss zu äußern.

Die EU importiert erhebliche Mengen von genveränderten Futtermitteln, jedoch nur wenige genveränderte Lebensmittel. Nicht nur für den GVO-Anbau, sondern auch für das Inverkehrbringen von GVO und die Verwendung daraus gewonnener Produkte in der Lebens- und Futtermittelkette ist eine EU-Zulassung erforderlich. Diese wird nur unter der Voraussetzung erteilt, dass im Rahmen einer gründlichen Bewertung durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit in Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Stellen der



Mitgliedstaaten nachgewiesen wird, dass kein Risiko für die Gesundheit von Mensch und Tier und für die Umwelt besteht.

Die Liste der zugelassenen genveränderten Pflanzen und der genaue Geltungsbereich der betreffenden Zulassungen kann im [EU-Register der in Lebens- und Futtermitteln zugelassenen GVO](#) abgerufen werden. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 28.11.2019](#)

[Website zum Thema GVO](#)

[Fragen und Antworten zur GVO-Politik der EU](#) (von 2015)

Ausschuss der Regionen – 137. Plenartagung vom 4. bis 5. Dezember 2019 in Brüssel

Vom 4. bis 5. Dezember 2019 fand die 137. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) im Europäischen Parlament (EP) in Brüssel statt.

Die Sitzung begann mit einer Debatte über die Lage der Europäischen Union. Hinsichtlich der notwendigen öffentlichen Investitionen in den Regionen Europas, äußerte Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen, seine Besorgnis zum Vorschlag der finnischen Ratspräsidentschaft für die laufenden Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 (MFR). Er forderte eine neue Verteilung der Kompetenzen und der Souveränität. In der Konferenz zur Zukunft Europas müsse der AdR einen vollgültigen Platz am Verhandlungstisch erhalten. Der Übergangsfonds für Kohleregionen dürfe nicht zu Lasten der Kohäsionsmittel gehen.

Im Anschluss sprach David Maria Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments (EP), über die laufenden Vorbereitungen zur Konferenz zur Zukunft Europas und die MFR-Verhandlungen. Er lud die AdR-Mitglieder zur Mitwirkung an der Debatte und Zusammenarbeit an der Seite des EP ein. Er begrüßte die Stellungnahme zu den Kohleregionen (BE Mark Speich, EVP), die in der



136. Plenartagung verabschiedet wurde, und wünschte eine starke Allianz zwischen EP und AdR bei den anstehenden gemeinsamen Herausforderungen.

In der Debatte begrüßte **Herr Staatssekretär Dr. Michael Schneider** in seiner Funktion als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im AdR den Redner. Seine Fraktion ergreife die Hand, die der EP-Präsident dem AdR ausstreckte, um gemeinsam die Interessen beider Häuser zu vertreten. Als Beispiele

der guten Zusammenarbeit nannte er neben seiner Stellungnahme zur Kohäsionspolitik die Task-Force Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Er bat das neue EP sich mit dem im Sommer 2018 erschienen Bericht auseinanderzusetzen.

Am Abend folgte ein Festakt anlässlich des 25-jährigen Bestehens des AdR.



Am nächsten Tag debattierte Frans Timmermans, der seit dem 1. Dezember für den europäischen Grünen Deal zuständige Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission, mit den AdR-Mitgliedern über den grünen Deal. Er dankte Karl-Heinz Lambertz für seinen Einsatz hinsichtlich u.a. der Task-Force Subsidiarität, dem Pilotprojekt RegHub und dem Konvent der Bürgermeister. Der AdR ermögliche es bei der Gestaltung des grünen Deals die Bürger einzubinden und niemanden abzuhängen. Als Vorschläge nannte Timmermans ein massives Aufforstungsprogramm, eine Kreditlinie zur Gebäudeisolierung, sowie eine Verbesserung der Luftqualität in Städten. Im Anschluss wurde eine Entschließung zum Thema „Der Grüne Deal in Partnerschaft mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften verabschiedet.

In der Debatte über die soziale Säule Europas debattierte **Nicolas Schmit**, das seit dem 1. Dezember für Beschäftigung und soziale Rechte zuständige Mitglied der Europäischen Kommission, mit den Mitgliedern des AdR. Er werde sich dafür einsetzen das soziale Europa zu stärken und die Europäische Säule Sozialer Rechte umzusetzen. Er zog Verbindungen zwischen den sozialen und ökologischen Fragen. Positiv äußerte Schmit sich zu den Möglichkeiten, die der digitale Wandel für abgelegene Regionen bietet. Er forderte Investitionen in die digitale Infrastruktur und die Ausbildung. Als positives Beispiel nannte er die EU-Maßnahme für intelligente Dörfer. Hinsichtlich der MFR-Verhandlungen verwies er auf die nötigen Mittel für den ESF+, um sozialpolitische Maßnahmen durchzuführen. Der Kampf gegen Armut, v.a. Kinderarmut, sei von elementarer Bedeutung für die Gerechtigkeit in der EU.

Insgesamt standen 10 Stellungnahmen und eine Entschließung zur Verabschiedung auf der Tagesordnung.

Foto: Quelle <https://flic.kr/p/2hUT8hR>



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gesundheitszustand in der EU – Bericht

Deutschland gibt pro Person mehr für Gesundheit aus als andere EU-Länder. Das deutsche Gesundheitssystem bietet zudem einen umfassenden Versicherungsschutz und ein hohes Niveau an Gesundheitsleistungen. Dennoch ist die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland mit 81,1 Jahren niedriger als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern. Zudem ist die Zahl vermeidbarer Todesfälle in Deutschland (158 je 100.000 Einwohner) seit 2011 stabil, während sie in vielen anderen EU-Ländern gesunken ist. Das sind einige Ergebnisse der umfassenden Analyse „Gesundheitszustand in der EU“, die insgesamt 30 europäische Länder umfasst und am 28. November von der Europäischen Kommission gemeinsam mit der Industriestaatenorganisation OECD und dem „European Observatory on Health Systems and Policies“ veröffentlicht wird.



Die Profile der Gesundheitssysteme von 30 Ländern (EU28 plus Island und Norwegen) werden zusammen mit einem Begleitbericht herausgegeben, in dem einige der

wichtigsten Trends beim Umbau der europäischen Gesundheitssysteme herausgestellt werden. Die aktuelle Veröffentlichung schließt den zweiten Bewertungszyklus zum Gesundheitszustand in der EU ab; erstmals war der „Gesundheitszustand in der EU“ 2017 erschienen.

Bei den länderspezifischen Gesundheitsprofilen handelt es sich um eine tiefgreifende Analyse der Gesundheitssysteme unter dem Blickwinkel der Gesundheit der Bevölkerung und wichtiger Risikofaktoren sowie der Wirksamkeit, Zugänglichkeit und Widerstandsfähigkeit der Gesundheitssysteme in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Die Berichte spiegeln deutlich die gemeinsamen Ziele der Mitgliedstaaten wider und zeigen Bereiche auf, in denen die Kommission das Voneinander-Lernen und den Austausch bewährter Verfahren fördern kann.

2016 leitete die Europäische Kommission den Zyklus *Gesundheitszustand in der EU* zur Wissensvermittlung ein, um die EU-Mitgliedstaaten bei der Verbesserung der Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger und der Leistungsfähigkeit ihrer Gesundheitssysteme zu unterstützen. Die Berichte schließen mit einer kontextsensiblen, umfassenden Analyse eine Wissenslücke und bieten Einblick darin, welche Aspekte für die politischen Entscheidungsträger im Gesundheitswesen am schwierigsten sind. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Website](#) mit den 30 länderspezifischen Gesundheitsprofilen, Begleitbericht und Hintergrundinformationen

[Pressemitteilung](#) „Gesundheitszustand in der EU: Prävention und Grundversorgung wird zum wichtigsten Trend in allen Ländern“



Vorläufige Einigung über die Wiederverwendung von Abwasser in der Landwirtschaft

Die Kommission begrüßt die vorläufige Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat über Mindestanforderungen für die Wiederverwendung von Wasser in der Landwirtschaft. Damit sollen Mindestanforderungen an die Wasserqualität eingeführt werden, um eine sichere Wiederverwendung von behandeltem kommunalem Abwasser in der landwirtschaftlichen Bewässerung zu gewährleisten.

Virginijus Sinkevičius, EU-Kommissar für Umwelt, Ozeane und Fischerei, erklärte: „Mit dieser vorläufigen Einigung stellen wir der EU ein wirksames Instrument zur Verfügung, um einige der Herausforderungen des Klimawandels anzugehen. Mit Maßnahmen zur Wassereinsparung und -effizienz kann die Verwendung von wiedergewonnenem Wasser im Agrarsektor eine wichtige Rolle bei der Bewältigung von Wasserstress und Dürre spielen und gleichzeitig die Sicherheit unserer Bürger uneingeschränkt gewährleisten.“

Derzeit wird Abwasser nur in wenigen Mitgliedstaaten wiederverwendet. Diese nützliche Praxis wird weit unter ihrem Potenzial eingesetzt. Ziel der neuen Regeln ist es, eine zuverlässigere Versorgung der Landwirte in der EU mit sauberem Wasser zu gewährleisten. Das kann Landwirten helfen, sich an den Klimawandel anzupassen. Durch klare Mindestanforderungen werden die neuen Regeln sichere Praktiken gewährleisten und das Vertrauen der Öffentlichkeit in landwirtschaftliche Erzeugnisse im EU-Binnenmarkt stärken. Die vorläufige Vereinbarung muss nun vom Europäischen Parlament und vom EU-Rat formell genehmigt werden. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Die vollständige Pressemitteilung](#)

[Der Vorschlag der Kommission von Mai 2018](#)

13

Bürgertelefon verzeichnet reges Interesse

Das europäische Bürgertelefon Europe Direct hat am 3. Dezember die 100.000. Frage entgegengenommen und beantwortet. Sie kam von Isabel Zunino aus Barcelona, einer Mitarbeiterin in einem Lebensmittelunternehmen, die mehr über die EU-Vorschriften für Einwegkunststoffe erfahren wollte. Das Europe-Direct-Kontaktzentrum ist Europas einheitliche Telefonnummer für Bürgerinnen und Bürger, die Fragen zur Europäischen Union haben. Der Service ist kostenlos und von überall in der EU unter 00 800 6 7 8 9 10 11 zu erreichen.



Das Europe-Direct-Bürgertelefon ist ein wichtiger Kanal für die Kommission, um den Bürgern zuzuhören und ein direkter Ansprechpartner in Europa-Fragen zu sein. Das im Jahr 2000 gegründete und in Brüssel ansässige Zentrum beantwortet die Fragen der Bürger zur Europäischen Union in einer der 24 Amtssprachen telefonisch oder online.

Zu den typischen Fragen zur EU, die das Bürgertelefon beantwortet, kann gehören: Wie finde ich Arbeit in einem anderen EU-Land? Mein Flug wurde annulliert – welche Rechte habe ich? Welche EU-Finanzhilfen kann meine Organisation beantragen? Ist



Online-Shopping in einem anderen EU-Land sicher? Ist die Qualität unserer Lebensmittel durch EU-Vorschriften gewährleistet?

Die jährliche Anzahl der Fragen ist zwischen 2018 und 2019 um mehr als zehn Prozent gestiegen und wird bis Ende Dezember voraussichtlich mehr als 120.000 erreichen. Im Rahmen der Brexit-Vorbereitungen dient das Kontaktzentrum auch als Brexit-Helpline. Die Anzahl der Brexit-bezogenen Fragen im Jahr 2019 werden mit etwa 5000 viermal höher sein als im Jahr 2018.

Bisher konnten 86 Prozent der gestellten Fragen direkt beantwortet werden. 85 Prozent der Anrufer sind zufrieden mit dem Service. 16 Prozent der Fragen stammen von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb der EU. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 3. Dezember 2019](#)

[Website des Europe-Direct-Kontaktzentrums](#)

Seit Abschaffung der Roaminggebühren: Nutzung von mobilem Internet auf Reisen hat sich verzehnfacht

Seit die Roaminggebühren EU-weit 2017 abgeschafft wurden, hat sich die Nutzung von Mobilfunk-Datendiensten auf Reisen in der EU verzehnfacht. Das zeigt die [erste umfassende Überprüfung](#) des Roamingmarktes, die die EU-Kommission am 29. November veröffentlicht hat. „Gleichzeitig beobachten wir, dass der EU-Roamingmarkt weiterhin gut funktioniert. Entgegen den Befürchtungen, die Abschaffung der Roaminggebühren könnte zu steigenden Inlandspreisen führen, sind die Inlandspreise für Mobilfunkdienste in der EU insgesamt sogar zurückgegangen“, sagte die EU-Kommissarin für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Mariya Gabriel.

Die Nutzung von Mobilfunk-Datendiensten auf Reisen in der EU hat sich gegenüber dem Jahr vor der Einführung des Roamings zu Inlandspreisen verzehnfacht und erreichte in der Sommerferienzeit 2018 einen Spitzenwert, der 12-mal höher war als die übliche Mobilfunk-Datennutzung im Ausland. Im gleichen Zeitraum war die Zahl der getätigten Roaminganrufe fast dreimal höher.

Auf der Vorleistungsebene hat die drastische Absenkung der Preisobergrenzen zu einem weiteren Rückgang der Roamingvorleistungsentgelte beigetragen, wodurch wiederum die Abschaffung der Roaminggebühren für fast alle Roaminganbieter tragfähig geworden ist. Der Bericht führt zu dem Schluss, dass sich die Wettbewerbsdynamik auf dem Roamingmarkt in naher Zukunft wahrscheinlich nicht ändern wird und somit die Beibehaltung der Regulierung auf der Endkunden- und Vorleistungsebene notwendig ist. Die derzeitigen Roamingvorschriften sollten deshalb auch in den kommenden Jahren gelten, damit die Bürger das Roaming innerhalb der EU weiterhin ohne Zusatzkosten in Anspruch nehmen können.

Seit [15. Juni 2017](#) können Europäerinnen und Europäer ihre Mobiltelefone für Anrufe, SMS und Internet überall in der EU genauso nutzen wie zu Hause - ohne Zusatzkosten. Dieses „Roaming zu Inlandspreisen“ ist ein spürbarer Vorteil im Rahmen eines [digitalen Binnenmarkts](#) für Unternehmen und Verbraucher in Europa und eine der [Errungenschaften](#) der Juncker-Kommission.

Der Bericht der Kommission über die umfassende Überprüfung bestätigt die Ergebnisse des [Zwischenberichts](#): Die Mobilfunknutzung auf Reisen innerhalb der EU und des EWR hat seit



der Abschaffung der Roaminggebühren rasch zugenommen. Außerdem bestätigt er die [Überprüfung](#) der Regelung zur angemessenen Nutzung und der Ausnahmeregelung. Diese Schutzvorkehrungen wurden in die Roamingverordnung aufgenommen, um Verzerrungen auf den Inlandsmärkten zu vermeiden, und haben bislang angemessen funktioniert. Gegenwärtig gilt die Roamingverordnung bis einschließlich Juni 2022. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Bericht der Kommission und begleitende Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über die Überprüfung des Roamingmarktes](#)
[Factsheet zur Abschaffung der Roaminggebühren: Wie Europäer auf Reisen alle Vorteile der Mobilfunkkommunikation nutzen](#)
[Eurobarometer-Umfrage zu Anrufen innerhalb der EU](#)
[Häufig gestellte Fragen](#)
[Ausführliches Factsheet zur Roaming-Abschaffung: Wie funktioniert das?](#)

Kollektiver Rechtsschutz: Mitgliedstaaten einigen sich auf Regeln für europäische Verbandsklagen

Am 28. November wurde ein wichtiger Schritt hin zu einer besseren Durchsetzung von Verbraucherrechten in der EU erzielt. Die Mitgliedstaaten haben sich auf eine entsprechende [Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher](#) geeinigt. Nun steht noch die Einigung mit dem Europäischen Parlament aus.

Der Erste Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans und EU-Justizkommissarin Věra Jourová begrüßten den Beschluss des Rates: „Fälle wie der Diesel-Skandal, die zu massivem und weitreichendem Schaden geführt haben, verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf auf europäischer Ebene. Die Bürger müssen endlich vollständigen Zugang zur Justiz haben, und betrügerische Unternehmen müssen davon abgehalten werden, die Verbraucherrechte zu verletzen. Die heutige Einigung im Rat ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Sie erreicht das Hauptziel des Kommissionsvorschlags, ein wirksames europäisches Modell des kollektiven Rechtsschutzes in Form von Verbandsklagen zu schaffen, das allen Bürgern in allen Mitgliedstaaten zur Verfügung steht.“

In der gemeinsamen Erklärung heißt es weiter: „Dieser neue Mechanismus wird dafür sorgen, dass die europäischen Verbraucher ihre Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können und Schadenersatz erhalten, wenn sie Opfer illegaler Praktiken werden. Gleichzeitig wird der Gefahr missbräuchlicher oder unbegründeter Klagen vorgebeugt. Die Kommission sieht nun den Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament und dem Rat entgegen, in denen eine zeitnahe Einigung über die Richtlinie erzielt werden soll.“

Der Rat hat heute eine allgemeine Ausrichtung zum Vorschlag der Kommission für eine [Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher](#) angenommen. Sobald die neuen Vorschriften in Kraft sind, werden Verbraucher ihre Rechte nicht nur individuell, sondern auch kollektiv geltend machen können. Damit erhalten sogenannte „qualifizierte Einrichtungen“ die Möglichkeit, Klagen im Namen der Verbraucher einzuleiten. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 28. November 2019](#)
[Vorschlag der Kommission zur Stärkung der Verbraucherrechte](#)



Papierlose Kommunikation im europäischen Güterverkehr

Vertreter des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten im Rat der EU haben sich am 26. November vorläufig auf neue Vorschriften über die Digitalisierung von Informationen im Güterverkehr geeinigt. „Dies ist ein wichtiger Meilenstein für die Digitalisierung, der zu einer höheren Effizienz des EU-Verkehrs führt“, begrüßte EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc den erfolgreichen Abschluss des Trilog-Verfahrens.

Dank dieser neuen europäischen Vorschriften könnten schätzungsweise 102 Millionen Arbeitsstunden pro Jahr für die Verwaltung von Papierdokumenten und damit bis 2040 20-27 Mrd. Euro eingespart werden.

Die Kommission hatte den Vorschlag im Mai 2018 im Rahmen des [Vorschlags „Europe on the Move III“ für eine sichere, saubere und effiziente Mobilität](#) vorgelegt. Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten müssen der Einigung noch offiziell zustimmen.

- *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 27. November 2019](#)

Der [Vorschlag](#) der EU-Kommission

Das vollständige Gesetzgebungsverfahren [auf einen Blick](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Investitionsbank unterstützt Sozialunternehmen in Sachsen-Anhalt



Merseburg. Bei einem Workshop im Merseburger Innovations- und Technologiezentrum (mitz) diskutierten **am 2. Dezember** zahlreiche Akteure über Förderungen für soziale Unternehmen in Sachsen-Anhalt. Die Veranstaltung wurde von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt sowie dem Merseburger Innovations- und Technologiezentrum in dem EU-Projekt DelFin organisiert.

Ziel des Projekts ist es, Sozialunternehmertum in ländlichen

Regionen zu fördern und konkrete Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Dafür wurden Finanz- und Förderinstrumente sowie Beratungsangebote diskutiert, die vor allen Dingen für Akteure im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts geeignet sind. Francesca Buonanno, Vertreterin einer italienischen Stiftung zur Politikgestaltung, stellte ein Darlehensprogramm vor, welches neben der Finanzierung auch Dienstleistungen für Sozialunternehmer beinhaltet. Außerdem gab es Vorträge zur Förderung sozialer Innovationen sowie zur Unterstützung für Sozialunternehmer im ländlichen Raum.

Sozialunternehmen verwirklichen Geschäftsideen, die nicht nur finanziellen Gewinn generieren, sondern insbesondere einen positiven Beitrag zur Gesellschaft bzw. zum Schutz der Umwelt leisten. Um diese Sozialunternehmen und ihre besonderen Geschäftsmodelle zu fördern, müssen Finanzierungs- und Beratungsangebote weiterentwickelt werden. Diese sollen in einem Pilotprogramm ab Frühjahr 2020 getestet werden.

Die regionalen Partner, die auch bei dem Workshop vor Ort waren, kommen aus dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration sowie dem Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt, dem Saalekreis und der Hochschule Merseburg.

Über das Projekt DelFin

Das mit EU-Mitteln geförderte Interreg Central Europe Projekt DelFin soll das soziale Unternehmertum in den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts stärken sowie wirtschaftliche und soziale Innovation vorantreiben. Das internationale Projekt wird durch die



Investitionsbank Sachsen-Anhalt organisiert. Acht Partner aus Deutschland, Kroatien, Italien und Ungarn sind Teil des Projekts. Gemeinsam planen die Partner Angebote für Sozialunternehmen und testen diese im Rahmen eines Pilotprogramms. Das Projekt

DelFin besteht seit April 2019 mit einer Laufzeit von drei Jahren. Die Mittel dafür werden aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bereitgestellt.

Weitere Informationen sind unter www.ib-sachsen-anhalt.de/investitionsbank/struktur-der-ib/beteiligungen-und-projekte/delfin verfügbar. • *Gastartikel*



GOEUROPE! feiert 10-jähriges Jubiläum

GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt, die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Lernmobilitäts- und Förderprogrammen sowie für die Vermittlung europäischer Themen und Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt, feiert sein 10-jähriges Bestehen. GOEUROPE! berät und informiert in den Büros in Magdeburg und Halle sowie auf zahlreichen Veranstaltungen und Schulprojekttagen junge Menschen aus Sachsen-Anhalt zu Möglichkeiten für internationale Lernerfahrungen sowie zu europäischen Themen.

Das 10-jährige Bestehen wird **am 12. Dezember** 2019 in der Europäischen Jugendbildungsstätte Magdeburg/ Villa Böckelmann gefeiert.



Anlässlich dazu findet von 10 bis 18 Uhr die Internationale Konferenz „Connecting young people for learning in Europe“ statt. Dort werden verschiedene Arbeitsbereiche und Projekte von GOEUROPE! vorgestellt, unter anderem ein

internationales ERASMUS+-Projekt, aus welchem die Initiative *Cities and Regions of Learning* hervorgegangen ist. Mit verschiedenen internationalen Partnern wurde eine digitale Plattform entwickelt, die bereits jetzt in verschiedenen Regionen und Städten in Europa Angebote von offenen und zugänglichen Lernmöglichkeiten für junge Leute vor Ort und im Internet bewirbt (www.citiesoflearning.eu).

Weiterer Schwerpunkt ist die Präsentation der Ergebnisse der Innovationsformate für die Europäische Jugendarbeit *Mobilitätskonto* und *Europa-Ticket Sachsen-Anhalt*.

In dem Workshop „Von Europa-Projekttagen bis hin zum Zentrum für internationalen Jugend- und Schüleraustausch – 10 Jahre GOEUROPE!“ wird neben einer Retrospektive auf die Arbeit der letzten 10 Jahre auch ein Blick in die Zukunft von GOEUROPE! sowie der Europäischen Jugendarbeit gewagt.

Eröffnet wird die Konferenz unter anderem von Rainer Robra, Europa- und Kulturminister sowie Chef der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt sowie Dr. Carlhans Uhle, Landesgeschäftsführer des DRK Landesverbands Sachsen-Anhalt e.V.

Als Highlight wird Wolfgang Gründinger, Autor und Zukunftslobbyist, eine Keynote-Speech zu dem Thema »Schöne neue Arbeitswelt 4.0 – Welche Kompetenzen brauchen junge Leute wirklich?« halten, gemeinsam mit einer Engagierten aus dem Team der GOEUROPE! Botschafter*innen.

Die Konferenz bietet allen Kolleg*innen, Partner*innen, Unterstützer*innen, Förderern sowie Engagierten und Interessierten die Möglichkeit, die Angebote und Methoden von GOEUROPE! kennen zu lernen, sich mit internationalen Gästen auszutauschen und sich mit der Zukunft der Europäischen Jugendarbeit zu beschäftigen.

Um 18 Uhr beginnt dann die gemeinsame Feier zum 10-jährigen Jubiläum. Hier erwarten die Gäste verschiedene Jubiläumsaktionen, musikalische Highlights mit Band und DJ sowie Zeit für Austausch und Vernetzung untereinander.

Weitere Informationen, ein ausführliches Programm sowie den Link zur Anmeldung finden Sie unter www.10jahre.goeurope.eu. • *Gastartikel*



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	RAT Stellenausschreibung CONS/AD/150/19
Fundstelle: Abl.	C 402 A vom 28. November 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:402A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	3. Januar 2020
Antragsunterlagen:	Bewerbungen sind vor Ablauf der Bewerbungsfrist ausschließlich per E-Mail anapplications.management@consilium.europa.eu zu richten. Als Anlage zur Ausschreibung sind im Amtsblatt ein Leitfaden und ein Bewerbungsbogen abgedruckt.

Call for Applications - "German-Italian Young Leaders Dialogue - Spinelli Forum"

Gemeinsam mit dem Istituto per gli Studi di Politica Internazionale (ISPI) und auf Initiative des Auswärtigen Amtes und des italienischen Außenministeriums wird die DGAP am 5./6. März 2020 in Berlin zum ersten Mal den „deutsch-italienischen Nachwuchsführungskräfte-Dialog – Spinelli Forum“ ausrichten. Das Projekt möchte den Austausch zwischen den jungen Generationen beider Länder fördern und so einen neuen Impuls für eine enge partnerschaftliche Beziehung zwischen Deutschland und Italien geben.

19

Deutschland und Italien sind enge Partner und Gründungsmitglieder der Europäischen Union. Trotz der engen kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen haben Spannungen in den bilateralen Beziehungen insbesondere seit der europäischen Wirtschafts- und Schuldenkrise ab 2010/11 zugenommen. Dabei ist die enge deutsch-italienische Zusammenarbeit für die Bewältigung gemeinsamer europäischer Herausforderungen unverzichtbar. Die Stärkung des Dialogs zwischen beiden Ländern kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu. Das „Spinelli Forum“ möchte hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Unter dem Titel „*Our Future in a Sovereign Europe*“ erhalten 60 deutsche und italienische TeilnehmerInnen die Möglichkeit, in den Austausch mit ExpertInnen und politischen EntscheidungsträgerInnen zu treten und gemeinsam Lösungsansätze für aktuelle europapolitische Herausforderungen in den Themenfeldern „*European Foreign and Security Policy*“, „*European Economic Sovereignty*“, „*A Social and Prosperous Europe*“ und „*a European Green Deal*“ zu erarbeiten.

Die Zielgruppe sind deutsche und italienische Nachwuchsführungskräfte zwischen 25 und 37 Jahren aus den Bereichen Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und Kultur mit großem Interesse an Fragen europäischer Kooperation. Nähere Informationen zum „Spinelli Forum“ können Sie der [Internetseite](#) entnehmen.

Einsendeschluss für die Bewerbungen ist der **15. Dezember 2019**.



Auskunft erteilt: Julian Rappold; Wissenschaftlicher Mitarbeiter; Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen; Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin | Germany; T: +49 (0)30 25 42 31-119 | E-Mail: rappold@dgap.org; @julianrappold | @dgapev | www.dgap.org • *Gastartikel*



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Technologie- gesuch Schweden	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Hersteller von gerichteten Platin/Iridium-Mikrodrähten für Medizinprodukte gesucht Ein schwedisches Start-up-Unternehmen, das Biosensoren für Medizinprodukte entwickelt, sucht Hersteller und Experten auf dem Gebiet der Elektrodendrähte. Insbesondere wird jemand gesucht, der mikrometerdünne Platin/Iridium-Elektrodendrähte verstärken, ausrichten und schneiden kann, die in einem im Gehirn implantierten medizinischen Gerät verwendet werden sollen. Der gesuchte Partner sollte in der Lage sein, den Draht zu verstärken, zu "entkurven", auszurichten und automatisch zu schneiden. Zunächst soll die Produktion moderat sein (1000-5000 Stück jährlich). Es wird erwartet, dass das Volumen steigt, wenn die kommerzielle Phase (> 10000 jährlich) erreicht ist. Es wird eine technische Kooperation und/oder ein Fertigungsvertrag angestrebt. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/823ad3d8-5637-4bb2-9711-c8fb30217624 Referenznummer: TRSE20191128001



Technologie-gesuch Vereinigtes Königreich	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Innovative Membran-Destillationsmaterialien und -Verfahren gesucht Der britische Vertreter eines internationalen KMU sucht nach innovativen Membran-Destillationsmaterialien und -Verfahren zur Entwicklung oder (Pilot-)Produktion von Membranen zur Wasserkonzentration, Entsalzung und Entgiftung. Sowohl Forschungsgruppen als auch Unternehmen auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen werden gesucht, von bewährten Konzepten bis hin zur Lieferung von Modulen oder Komponenten für die Systeme. Die Zusammenarbeit kann daher von der Herstellung über die Lizenzierung bis hin zu Vereinbarungen über technische Zusammenarbeit reichen. Die Lösung für dieses Entsalzungsproblem kann aus der Lebensmittel-, Textil- und Pharmaindustrie kommen. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/e8cb2a7b-e179-43c3-93ec-713da6f62c42 Referenznummer: TRUK20191129001
Technologie-gesuch Südkorea	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Koreanisches Unternehmen sucht Partner für die Herstellung und Digitalisierung von Druckmessgeräten und Durchflussmessgeräten Ein koreanisches Unternehmen entwickelt und produziert DRS (Development Recycling Systems), das von großen Unternehmen in Korea, Taiwan und China eingesetzt wird. Es hat sich auf die elektronische Steuerung von Halbleiter/LCD (Liquid Crystal Display)-Ausrüstungen spezialisiert. Um weiterführende Produkte zu entwickeln, sucht die Firma nach Technologie- und Fertigungskooperationen bei der Herstellung und Digitalisierung von Druckmessgeräten und Durchflussmessgeräten.



		<p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/bc850619-e070-4044-ab4f-8e0e2d06ea62</p> <p>Referenznummer: TRKR20191105001</p>
<p>Technologie-gesuch</p> <p>Ukraine</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de</p>	<p>Partner aus dem Maschinenbau zur Herstellung einer Schleifmaschine gesucht</p> <p>Ein ukrainisches Unternehmen, das sich auf den Flugzeugmaschinenbau spezialisiert hat, hat zwei Arten des Schleifens von keramischen Matrixverbundwerkstoffen für Triebwerke entwickelt. Das Unternehmen sucht eine wissenschaftliche Organisation oder ein Ingenieurbüro, das einen vollwertigen experimentellen Prototyp einer Flachsleifmaschine nach einem der beiden Verfahren herstellen kann. Die Partnerschaft findet im Rahmen des Abkommens über technische Zusammenarbeit statt.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/86d73297-4227-4da8-a3cb-bfda748b5208v</p> <p>Referenznummer: TRUA20191120001</p>

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Neu in der LV – Katrina Glogger

Mein Name ist Katrina Glogger, ich bin 25 Jahre alt und stehe nach einem juristischen Studium an der MLU Halle (Saale) und anschließendem Referendariat in Sachsen-Anhalt nun kurz vor meinem zweiten Staatsexamen.

Im Rahmen meiner Wahlstation ergab sich nun die Gelegenheit, meine juristische Ausbildung um eine internationale Erfahrung zu ergänzen und ich freue mich darauf, in den nächsten drei Monaten bei der Landesvertretung Sachsen-Anhalt tätig zu sein.

Neben meiner Muttersprache Bairisch spreche ich Deutsch und Englisch, und besitze darüber hinaus Grundkenntnisse in Italienisch und Japanisch. Über ein gesellschaftliches, rechtspolitisches und verwaltungsrechtliches Interesse an der Arbeit in der Landesvertretung hinaus freue ich mich darauf, die „Hauptstadt Europas“ und die Institutionen der Europäischen Union in allen Facetten kennenzulernen.

In diesem Sinne auf gute Zusammenarbeit
Katrina Glogger • kg

24

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.



Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Diesen Freitag ist es wieder soweit - in der Nacht vom 5. auf den 6. Dezember stehen die geputzten Stiefel vor der Tür und viele Kinder, aber auch Erwachsene, können es kaum erwarten, am Morgen den Inhalt zu bestaunen: der Nikolaus war da!



1. Die Tradition des Nikolausfestes geht auf eine Legende des heiligen Bischofs Sankt Nikolaus zurück, der vor mehr als 1700 Jahren gelebt haben und am 6. Dezember gestorben sein soll. In welchem heutigen Land wurde Sankt Nikolaus im 3. Jahrhundert geboren?

- A) Italien
- B) Türkei
- C) Lettland

2. In Deutschland ist der Nikolaustag kein gesetzlicher Feiertag. Nachdem der Inhalt der Stiefel und Socken begutachtet wurde, geht es für die Kleinen in Kindergarten oder Schule, für die Großen auf Arbeit. In welchem Mitgliedsstaat der EU ist der 6. Dezember schulfrei?

- A) Schweden
- B) Griechenland
- C) Luxemburg

3. Kleine Geschenke und Aufmerksamkeiten sind heutzutage fester Bestandteil an Nikolaus. Welche der folgenden Antwortmöglichkeiten gehört laut repräsentativer Umfrage (Oktober 2014) nicht zu den drei beliebtesten Nikolausgeschenken?

- A) Selbstgebasteltes
- B) Spielzeug
- C) Nüsse und Obst



Lösung:

1. B) Der vollständige Name des heiligen Bischofs lautete Nikolaus von Myra. Er wurde gegen Ende des 3. Jahrhunderts in der kleinasiatischen Stadt Patara in Lykien geboren, südwestlich von der heute türkischen Stadt Antalya. Als einziges Kind vermögender Eltern ging er schon früh im Hause des Bischofs von Patara, seinem Onkel, ein und aus, der ihn auch im Alter von 19 Jahren zum Priester weihte. Als seine Eltern zeitig an der Pest starben, überließ Nikolaus einen großen Teil seines geerbten Vermögens Armen und Notleidenden. Nachdem auch sein Onkel starb, pilgerte Nikolaus in das Heilige Land. Nach seiner Rückkehr wurde er zu Bischof von Myra gewählt. Neben den historisch mehr oder weniger belegten Fakten, ranken sich auch zahlreiche Legenden um Nikolaus von Myra. Demnach soll er beispielsweise drei Schwestern vor der Prostitution bewahrt haben, deren Vater die für die Hochzeiten notwendigen Mitgiften nicht aufbringen konnte. Der Legende nach soll Nikolaus an drei aufeinander folgenden Nächten je einen großen Goldklumpen durch das Fenster und den Kamin in die dort aufgehängten Socken geworfen und so die Schwestern vor ihrem Schicksal gerettet haben.

2. C) In Luxemburg hat der Nikolaustag eine so große Bedeutung, dass die GrundschülerInnen (bis etwa 12 Jahre) an diesem Tag sogar schulfrei haben. Bereits Ende November stellen die Kinder ihre Schuhe vor die Tür, damit „Kleeschen“ in der Nacht vom 5. auf den 6. Dezember Geschenke bringen kann. Begleitet wird er von „Houseker“, der das luxemburgische Pendant zum deutschen „Knecht Ruprecht“ ist, und unartige Kinder mit Ruten bestraft. Oftmals bekommen aber nicht nur die Kinder Geschenke, sondern auch der Nikolaus selbst: neben einem Teller mit Keksen für „Kleeschen“ wird sogar für seinen Esel etwas Heu vorbereitet.

Trotzdem ist auch in Luxemburg der Nikolaustag kein gesetzlicher Feiertag. Eher durch Zufall haben die EinwohnerInnen zwei anderer EU-Mitgliedsstaaten am 6. Dezember frei: Finnland feiert seine Unabhängigkeit und in Spanien wird der Tag der Verfassung zelebriert.

3. A) 89% der Deutschen verschenken an Nikolaus Süßigkeiten, das geht aus einer repräsentativen Umfrage des international tätigen Marktforschungsunternehmens Ipsos hervor, die die „Welt“ auf ihrer Internetseite veröffentlichte. Demnach schenken sich die Deutschen neben Süßigkeiten am liebsten Nüsse und Obst (48%) sowie Spielzeug (35%). Nur 10% verschenken an Nikolaus etwas Selbstgebasteltes, sogar Gutscheine (18%) und Geld (15%) finden sich häufiger in den Schuhen der Beschenkten.

GOEUROPE! und das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt/ Halle wünschen Ihnen eine besinnliche Vorweihnachtszeit und einen schönen Nikolaustag.

Bei Fragen zu europäischen Themen und Inhalten wenden Sie sich gern unter info@europedirect-halle.de an uns.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Antos (SIA)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Antonieta Hofmann (AH)	Kultur, Bildung, ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Jana Koch (JK)	Praktikantin	...22	E-Mail
Sophia Neumann (SN)	Praktikantin	...18	E-Mail
Daniela Sheri (DS)	Praktikantin	...22	E-Mail
Katrina Glogger (KG)	Rechtsreferendarin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

